

Laale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 7a.

Halle, Montag, den 6. Januar.

1919.

Eine neue Gewalttat der Spartakisten.

Wolffs Telegraphisches Bureau von Spartakus befehlt.

Den getreuen telegraphischen Nachrichten, soweit wir auf die Meldungen von Wolffs Telegraphenbureau angewiesen sind, haben wir unterbrechen müssen, weil gestern, Sonntag, eben Wolffs Telegraphisches Bureau von den Spartakisten besetzt worden ist.

Graf Hertling gestorben.

WTB. Mupolding (Oberbayern), 5. Januar. (Drahtnachricht.) Graf Hertling, der ehemalige bayerische Ministerpräsident und nachmalige Reichskanzler, ist gestern abend 9 Uhr 45 Min. nach länglichem Krankenlager verstorben.

Georg Febr. v. Hertling, dessen Bedeutung als Gelehrter und Staatsmann wir noch würdigen werden, wurde am 31. August 1843 in Darmstadt geboren. Er studierte in München, Würzburg und Berlin Philosophie, bereifte 1865-66 Italien und wurde 1867 in Bonn Privatdozent. 1876 begründete er die Zeitschrift 'Die Gegenwart', 1880 wurde er ordentlicher Professor. Er trat 1875 ins politische Leben ein, ward in den Reichstag gewählt und schied sich zum Zentrum an, zu dessen Führern er bald zählte.

Immer wieder Besprechungen mit den Polen.

WTB. Bromberg, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Nach dem Winkler-Gesetz und Interdiktionsgesetz sollen vor kurzem in Polen infanteristische Besprechungen über die Lage in Polen abgehalten werden, haben auch die Beziehungen im Regierungsbezirk Bromberg Veranlassung zu einer weiteren Besprechung über die Lage im Bezirk Bromberg gegeben, zu der der Minister des Innern und der Kriegsminister je einen Kommissar entsandt hatten.

Die Polen stürmen einen Flugplatz.

WTB. Polen, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Heute früh haben die Polen die Flugstation von Lomica bei Posen von polnischen Soldaten gesichert. Die Angreifer waren ungefähr 3000 Mann stark und führten 12 Feldgeschütze und 40 Maschinengewehre mit sich.

Der Eisenbahnverkehr von Oberschlesien nach Posen gesperrt.

WTB. Polen, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Der Wagendienst ist bekannt, daß der Eisenbahnverkehr von Oberschlesien nach dem Eisenbahndirektionsbezirk Posen amtlich gesperrt ist, daß damit die Kohlenzufuhr abgeschnitten und Gas bis auf weiteres nur

Staatsgrundgesetz der Republik Bayern.

München, 4. Jan. Amtlich. Die Korrespondenz Hoffmann vertritt ein „Staatsgrundgesetz der Republik Bayern“, dem wir folgendes entnehmen: Bayern ist eine Republik. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich). Die Hoheitsgewalt des bayerischen Staates liegt beim Volk. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmungen und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe. Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, der das 20. Lebensjahr vollendet hat.

Madenfiskus Ueberführung nach Saloniki.

WTB. Wien, 5. Januar. (Korr.-Bureau.) (Drahtnachricht.) Die Madder werden aus Budapest: Gestern Nachmittag erschien ein höherer österreichischer Offizier im hohen Rastel bei Generalstabmarschall a. Maden und teilte ihm mit, daß das Oberkommando der Entente beschließen habe, ihn nach Saloniki zu überführen. Maden nahm die Nachricht mit großer Befürzung auf und erklärte, der Gewalt weichen zu müssen.

Amerikanische Hilfe für Europa.

WTB. Washington, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Million erjudigte den Kongress um Bewilligung von 100 Millionen Dollar zur Bewehrung der großen Flot in Europa. Diese Summe soll hauptsächlich dazu dienen, Lebensmittellieferungen nach den Gebieten des westlichen Russlands, nach Polen und Osterschlesien zu ermöglichen.

Der Bolschewismus in Ungarn.

WTB. Wien, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Das Fremdenblatt meldet aus Budapest: Bei bolschewistischen Unruhen in Salgótarján sind 18 Tote und 44 Verwundete zu beklagen. Die Rube ist bergehellt.

Irdische Hoffnungen.

Aus Eadman, 4. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Times-Korrespondent in Dublin meldet seinem Blatt, daß die Situationen in Irland sich außerordentlich verschärfen. Die Sinnfeinde haben endlich beschlossen, ihre Siege im Unterhause nicht einzunehmen. Sie beschließen, ihren Appell an Wilson zu wiederholen. Zu ihren Gunsten wird die Meinung vertreten, daß ihr überwiegendes Sieg bei den Wahlen zum Unterhause unbedingte Anerkennung der irischen Forderungen auf dem freiconstitutionellen Führen muß.

Zurückziehung japanischer Truppen aus Sibirien.

London, 4. Jan. Daily Express' meldet unter dem 27. Dezember aus Tokio: Das Kriegeministerium gibt die Zurückziehung von 34 000 Japaner Truppen aus Sibirien bekannt und erklärt, daß Japan beschlossene, keine in Sibirien befindlichen Truppen auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Der Reichsbürgertag in Berlin.

Der Reichsbürgertag begann Sonntag abend seine Tagung mit einem Begrüßungsabend, nachdem im Laufe des Nachmittags sich eine Reihe von Vertretern zu vertraulichen Besprechungen zusammengefunden hatte. Der Begrüßungsabend fand in der Aula der Universität statt, die auf des wünschigsten geschmückt war. Um den fünfzehnten Teil machten sich die Herren Cleming und Kerner vom Schanielbauhaus beteiligt sowie die Kapelle des 2. Gardebrigades.

Die Begrüßungsrede hielt Herr Dr. Biele. Wir haben, so führte er aus, auf dem Boden der Tatsachen, aber wir sind fast entflohen, dem Schicksal fügen ins Auge zu sehen. Die Freiheit ist gewiß ein großes Gut, aber deswegen wollen wir sie nicht haben, wenn wir die Freiheit der Deutschen des Spartakusbundes, (schärfster Beifall.) Redner schloß mit einem Hoch auf das Vaterland. Der zweite Redner war Friedrich Rossmann, der darauf hinwies, daß aus diesen Sätzen der Universität dürfen immerhin auf die deutsche Nation gerichtet habe zu einer Zeit, in der es mit Deutschland ebenmäßig traurig bestellt war als in der Gegenwart.

Die Verhandlungen des Sonntags fanden im Abgeordnetenhaus statt. Der Vorsitzende des Großerlinen Bürgerausschusses Dr. Koch hielt die Begrüßungsansprache, in der er betonte, daß das Bürgertum nicht ausbleiben lassen möchte. Bei der Begrüßung des Reichsbürgertags sprach Dr. Koch Berlin als erster Vorsitzender. Dr. Kiese, als zweiter Vorsitzender, sowie Jewelowski, Danzig, Schlims, Schiemann, Lübeck und Kähler, Erbsitz, trugen als Beisitzer. Vertreter sind insgesamt 135 Städte mit 265 Delegierten.

Zweck und Aufgaben der Bürgerräte.

Die Schaffung der Bürgerräte ist ein Protest dagegen, daß eine einzelne Klasse die Herrschaft an sich gerissen habe, aber man wolle nicht die Exekutive nicht mit Gewalt nehmen lassen. Nicht unwichtig ist es, gemeinlich mit dem Volk zusammenarbeiten zu müssen. Der Kampf mit den U- und S-Räten werde schließlich durch geführt werden müssen. Notwendig ist eine Klasse Zentralgewalt. Es ist zu befürchten, daß die Wählerfreiheit von links her eingeschränkt werden könnte. Dagegen müßten die bürgerlichen Ausschüsse eintreten. Der ordnende Reichsbürgertag müßte man eine Stütze sein, aber diese müßte auch den Mut haben, den Anordnungen Gehör zu verschaffen. Folgendes ist Inhalt des Bürgertags. Er wird seiner Unterstellung zwischen der Reichsbürgertag und dem Spartakusbündnis. Es ist zu befürchten, daß die Nationalversammlung zu leben. Die bürgerlichen Ausschüsse würden auch nach der Einberufung der Nationalversammlung große Aufgaben zu erfüllen haben. Das geht besonders für die Kommunisten, die die Nationalversammlung zu unterstützen haben. Die Parteien würden die kommunalen Fragen nicht lösen können. Die Aufgaben der Bürgerräte und Ausschüsse werden dauernd sein und sie würden fortgesetzt wachsen. Sie würden immer die Männer zur Einigkeit sein müssen. Hätte das Bürgertum in den künftlichen Revolutionszeiten auch gestreift, dann wäre der Staat zugrunde gegangen. Durch Einigkeit und Energie werde man auch schließlich die Rechte und Pflichten gleichmäßig verteilen können.

Das Korreferat hielt Dr. Meier, als zweiter Vorsitzender. Er schilderte die Entstehung der bürgerlichen Räte in Süddeutschland. Von einer Reihe der russischen Revolutionen konnte er, wie der Redner es getan habe, nicht sprechen. Der Grundlag für die Entstehung sei die Unzufriedenheit mit der inneren und äußeren Politik gewesen. Die Revolution wäre nicht möglich gewesen ohne das weiträumigere Bewußtsein: das Volk hat sich überlebt. Man dürfe nicht glauben, daß man mit den sozialistischen Produktionsmitteln jemals wieder in die Weltwirtschaft werde eintreten können. (Sehr richtig!) Auch um die Politikern unteren Klassenkreises müßten sich die Bürgerräte kümmern. In diesem Zusammenhang müßte man auch bemerken, daß die Revolution zu erlösen, daß die U- und S-Räte zu beseitigen und die Einberufung der Nationalversammlung aufzuheben. Ein Antrag Tempelhof verlangt die Gleichberechtigung der Bürgerräte mit den U- und S-Räten.

Im der Hauptrede nennt Herr Dr. Kiese, Frankfurt a. M. vor einem Zusammenkunft aller Bürgerlichen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Das würde nur dazu führen, daß der Klassenkampf, damit zur Freude der Spartakisten verwickelt würde. Das nächste Thema, die Wahlen zur Nationalversammlung, wird mit dem ersten Punkte verbunden. Herr Tempelhof verlangt gleichbedeutende Anerkennung der Bürgerlichen zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Dr. Kiese, Frankfurt a. M. hat die bürgerliche Partei

